

Die SPD liebäugelt mit der Millionärs-Steuer

PARTEIEN Die Genossen stecken im Umfragetief. Unverdient, sagt der bayerische Parteichef Florian Pronold. Um zu punkten, soll das soziale Profil geschärft werden.

VON CHRISTINE SCHRÖPF, MZ

REGENSBURG. Eigentlich würde sich der bayerische SPD-Chef Florian Pronold dieser Tage gerne darauf konzentrieren, die Erfolge seiner Partei ins Blickfeld zu rücken. An diesem Samstag stünden dafür drei passende Termine im Kalender: In seiner Funktion als Staatssekretär im Bundesbauministerium besucht er Projekte in Regensburg, Schierling und Grafenau, bei denen der Bund über neun Millionen Euro Städtebaufördermittel zuschießt. Geld, das aus einem Topf stammt, in dem deutschlandweit pro Jahr rund 700 Millionen Euro zur Verfügung stehen – zum Beispiel für das Programm „Soziale Stadt“, den Stadtumbau Ost und West, den Denkmalschutz oder die Belebung von Ortskernen. Doch die schwierige Situation der SPD überlagert das politische Alltagsgeschäft. Die Umfrageergebnisse im Bund und Bayern sind schlecht. „Die SPD leidet darunter, dass sie objektiv eine Menge durchgesetzt hat, das in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stößt, ohne dass es sich in aktuellen Umfragen widerspiegelt“, sagt Pronold.

Rückendeckung für Gabriel

Im neuesten Deutschlandtrend liegt die Partei bei 21 Prozent – im Freistaat sind es 16 Prozent. Der Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel ist in der Dauerkritik, zuletzt gab es heftig dementierte Rücktrittsgerüchte. Pronold nennt die Personaldebatten wenig hilfreich. „Die Probleme der SPD haben nichts mit dem Spitzenpersonal zu tun.“ Bürger erwarteten politische Konzepte für die Zukunft und interessierten sich nicht für interne Debatten. Pronold, der selbst in seiner Partei nicht unumstritten ist, stellt sich vor Gabriel. „Er hat die Partei aus einem tiefen Tal herausgeführt.“ Die erfolgreichen Koalitionsverhandlungen 2013 im Bund tragen nach Pronolds Worten die Handschrift des Bundesvorsitzenden.

Mit Blick auf die erfolgreiche Wiederwahl der rheinland-pfälzischen Mi-



Bayerns SPD-Chef Florian Pronold würde gerne öfter über Erfolge sprechen – doch am häufigsten wird er derzeit nach den Problemen seiner Partei gefragt.

Foto: dpa

nisterpräsidentin Malu Dreyer warnt er die SPD vor Resignation. „Es ist unter dem selben bundespolitischen Himmel auch möglich, Wahlen zu gewinnen.“ Zu Spekulationen um die SPD-Kanzlerkandidatur schweigt Pronold. Im aktuellen Deutschlandtrend rangiert Außenminister Frank-Walter

Steinmeier mit 58 Prozent am höchsten in der Wählergunst, obwohl er selbst gar nicht kandidieren will. Sigmar Gabriel (31 Prozent), der Präsident des Europaparlaments Martin Schulz (26 Prozent) und der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz (25 Prozent) folgen auf den weiteren Plätzen. Die

KOMMENTAR

VON CHRISTINE SCHRÖPF, MZ



Messlatte Miete

Die SPD wehrt sich gegen den Abwärtssog, ist bisher aber über die Diagnose der Probleme oft nicht weit hinaus. Während ein Teil des Führungspersonals noch ursozialdemokratische Werte beschwört, sind die nächsten Rückschläge zu verkraften. Die Mängel bei der Mietpreisbremse, die diese Woche bekannt wurden, sind ein Schlag ins Kontor. Das SPD-Prestigeprojekt war maßgeschneidert für ein sozialdemokratisches Wählerklientel mit kleinem Geldbeutel. Doch nun werden selbst niedrige Erwartungen unterschritten. Nur eine kleine Zahl sehr Kampfeslustiger riskiert, Vermietern gleich nach Vertragsabschluss auf die Finger zu klopfen.

Die Mietpreisbremse ist nicht mehr als eine grobe Messlatte, die von Vermietern beachtet werden kann, oder eben nicht. Auch ein Nachjustieren der Politik wird daran nichts ändern. Ein möglicher Streit wird am Ende immer auf dem Rücken der Mieter ausgetragen.

Wirksamer Hebel gegen gierige Vermieter ist allein massiver Wohnungsbau. Bund, Bundesländer und Kommunen sind gefordert. Je größer die Zahl bezahlbarer Wohnungen, desto kleiner die Chance, dass Fantasiemieten zähneknirschend akzeptiert werden. Zurecht setzt die SPD auch hier an. Bei Erfolg könnte sie damit nachhaltig punkten.

Frage der Kanzlerkandidatur werde nicht jetzt, sondern im Frühjahr 2017 entschieden, betont Pronold. Auch aus Bayern hatte es allerdings zuletzt von führenden Köpfen mahnende Worte an die Spitzen der Partei gegeben. SPD-Generalsekretärin Natascha Kohlen und SPD-Landtagsfraktionschef

Markus Rinderspacher vermissen eine starke Profilierung auf sozialdemokratischen Kernfeldern. Kohlen forderte in der „Welt am Sonntag“ eine Millionärssteuer zur gerechteren Vermögensverteilung in Deutschland.

Pronold lehnt das nicht ab, möchte sich aber noch nicht definitiv festlegen. Die Millionärssteuer ist für ihn eine von mehreren Steuerungsmöglichkeiten. Denkbar sei auch ein schärferer Steuervollzug bei den Wohlhabenden. Die Affäre um die Panama-Papers habe gezeigt, dass es eine „gesellschaftliche Elite gibt, die meint, sie könnte sich aus der Verantwortung stehlen“. Zur Diskussion um höhere Zahlungen an den Fiskus gehöre aber immer die Frage, wofür das Geld verwendet werden soll – also etwa für höhere Renten. „Eine Steuerdebatte losgelöst vom Zweck geht immer schief.“

Noch in dieser Legislatur will die SPD im Bund beim Wohnungsbau einen starken Akzent setzen. Pronold verweist auf die nächsten Haushaltsberatungen, bei denen die Mittel für den Zeitraum bis 2019 noch einmal um 500 Millionen auf dann 1,5 Milliarden Euro aufgestockt werden sollen. Unklar sei noch, ob die Gelder als Zuschuss an die Länder fließen oder über die Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgereicht werden, sagt der Staatssekretär im Bundesbauministerium.

Korrektur bei Mietpreisbremse?

Pronold verteidigt das SPD-Prestigeprojekt „Mietpreisbremse“ – neben der Rente mit 63 und dem Mindestlohn immer als Beweis für die deutliche sozialdemokratische Handschrift in der Koalition genannt. Anfang dieser Woche war allerdings publik geworden, dass die Bremse weit weniger zieht, als erhofft. Bei Wiedervermietungen dürfen Wohnungseigentümer seit Mitte 2015 nur maximal zehn Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen. Tatsächlich steigen die Mieten in Ballungsräumen weiter kräftig an. „Ich glaube, dass es für eine Bilanz eine Idee zu früh ist“, sagt Pronold. Nachjustieren sei aber möglich. Diskutiert wird, ob der Vermieter von sich aus offenlegen muss, was er vom Vermieter kassiert hat.

Knackpunkt bleibt, dass am Ende der Mieter entscheidet, ob er gegen Verstöße vorgeht. „Wir können nicht mehr machen, als die Voraussetzungen zu schaffen“, sagt Pronold.